

Paibacher Zeitung.

Nr. 140.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl.
fl. 11, halbl. fl. 5-50. Für die Ausstellung ins Haus
halbl. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbl. 7-50.

Dienstag, 22. Juni.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu
4 Seiten 25 fr., größere per Seite 6 fr.; bei älteren
Wiederholungen per Seite 3 fr.

1880.

Amtlicher Theil.

Se. f. und f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 15. Juni d. J. dem Handels- und Seegerichts-Präsidenten, zugleich Vice-präsidenten des Landesgerichtes in Triest, Dr. Josef Ritter von Sandrinelli, aus Anlass seiner angekündigten Versezung in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seines vieljährigen hervorragenden Wirkens im Richterstande das Comthurkreuz des Franz-Josef-Ordens allernädigst zu verleihen geruht.

Se. f. und f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 15. Juni d. J. dem Gemeindevorsteher Anton Fuchs zu Bezendorf in Steiermark in Anerkennung seines vieljährigen verdienstlichen Wirkens das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allernädigst zu verleihen geruht.

Am 19. Juni 1880 wurde in der f. f. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XXVI. Stück des Reichsgesetzbuches, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und verkündet.

Dasselbe enthält unter Nr. 68 das Gesetz vom 8. Juni 1880, womit die Bestimmungen des Anhangs der Reichsraths-Wahlordnung inbetreff der Wahlbezirke in Galizien, d. Landgemeinden, 33. 24 und 25, abgeändert werden; Nr. 69 den Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 8. Juni 1880, betreffend die Aussertigung der Zengnisse für die bei einer der theoretischen Staatsprüfungen mit Stimmeneinheitlichkeit approbierten Candidaten; Nr. 70 das Gesetz vom 13. Juni 1880, betreffend die Militärtaxe, den Militärtaxfonds und die Unterstützung der hilfsbedürftigen Familien von Mobilisierten.

(„Br. Blg.“ Nr. 139 vom 19. Juni 1880.)

Nichtamtlicher Theil.

Zeitungsschau.

Die Ernennung des Grafen Chorinsky und des Domkapitulars Lienbacher zum Landeshauptmann, respective Landeshauptmann-Stellvertreter des Salzburger Landtages, sowie der Bericht der Prager Landtagscommission über die Wahlreform bilden die beiden Gegenstände der nicht weniger als lebhaften Discussion der Wiener Journale auf dem Gebiete der inneren Politik. In dem Berichte des Dr. Herbst über die Wahlreform erblicken einige Journale, insbesondere das „Tagblatt“, ein Missstrauensvotum gegen die Regierung. In Bezug auf den Salzburger Landtag bedauern die Journale, dass die „Diplomaten von Hallein“ durch ihr unbedachtes Handeln gegenüber dem Grafen Lamberg die wichtigsten Stellen in der Landesvertretung den „Clericalen“ ausgeliefert haben.

Diese Anschaunung vertritt vorzüglich die „Morgenpost“, welche jedoch, ebenso wie die „Vorstadtzeitung“, die „Deutsche Zeitung“ und die „Wiener Allgemeine Zeitung“ wenigstens darüber beruhigt sind, dass die Liberalen eventuell durch Absentierung von den Sitzungen stark genug sein werden, um radicale Beschlüsse der „Clericalen“ zu verhindern. Auch die Vorgänge im Tiroler Landtage finden noch ihr Echo in der Wiener Presse. Während die meisten liberalen Journale auf den ungünstigen Eindruck hinweisen, den die Erklärung der Tiroler Bischöfe in der Presse Deutschlands hervorgerufen hat, spricht sich das „Vaterland“ in sehr heftiger Weise über die „Religionsheze“ aus, die jetzt betrieben werde und die an die Stelle der „Nationalitätenheze“ trete.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik fesseln die in dem englischen Blaubuche enthaltenen Depeschen in höherem Grade die Aufmerksamkeit der Publicistik, als die Berliner Conferenz. Der Eindruck dieser Schriftstücke, welche den Zerfall der Türkei behandeln und einfach auf die Tagesordnung stellen, ist der allgemeinen Consternierung. Das „Fremdenblatt“ und die „Neue freie Presse“ befassen sich mit der Frage der Rettung der Türkei. Erstes Blatt plädiert für eine Reform der Verwaltung unter Controle und Garantie Europas, letzteres Blatt für die größtmögliche Pression auf die Pforte und für die eventuelle Befestigung des Sultans, der die Hauptursache aller Übel des osmanischen Reiches bilde. Ähnlich äußert sich auch die „Deutsche Zeitung“.

Vielf positiver lautet das Urtheil der „Presse“, welche der österreichischen Monarchie — angesichts der Auflösung der Türkei — eine active Interessen-Politik empfiehlt, und zwar das „Bugreifen.“ Das „Tagblatt“ erwartet nichts Günstiges für die Erhaltung des Friedens von der Berliner Conferenz. Das „griechische Feuer“ drohe für Europa gefährlich zu werden.

Von der Berliner Conferenz.

Die Specialberichte der Wiener Blätter aus Berlin stellen der Gewissenhaftigkeit, mit der die Conferenzbevollmächtigten diesmal das Gelübde der verschwiegenheit beobachteten, ein glänzendes Zeugnis aus. Allerlei Kunststückchen müssen herhalten, den totalen Mangel an positiven Daten zu verhüllen. Ziemlich übereinstimmend tritt aber bereits die Meldung auf, dass nach vorangegangener Einwilligung aller Mächte die Berliner Conferenz sich auch zur Beilegung der türkisch-montenegrinischen Grenzdifferenzen im Sinne der zwischen England und Österreich-Ungarn vereinbarten Combination competent erklären werde. Diese letztere besteht darin, dass Montenegro für seinen eventuellen Verzicht auf das von der albanischen Liga ihm streitig gemachte Territorium durch den Küstenstrich von Dulcigno entschädigt werden, und dass auf diesen letzteren die Bestimmungen des Artikels 29 des Berliner Vertrages Anwendung finden sollen. Dies in international bindender Form auszusprechen, werde gleichfalls Aufgabe der Berliner Conferenz sein.

Die Türkei hat bisher absolut nichts Schriftliches der Conferenz überreicht. Die türkischen Diplomaten betonen indessen — wie der „Pol. Corr.“ mitgetheilt wird, — dass die Pforte von der Conferenz nur einen Rath, dem sie sich so weit wie möglich fügen wolle, aber keinen Schiedsspruch erwarte. Die Türkei sei bereit, dem Frieden große Opfer zu bringen, um Raum für innere Reformen zu gewinnen. Weder der Detailvorschlag Waddingtons, noch weniger aber die weitergehenden Forderungen Griechenlands seien für die Türkei annehmbar. Ferner schreibt man dem genannten Organe aus Berlin: „Ein wichtiger Punkt tritt bereits greifbar aus dem Dunkel heraus: die Conferenz wird jedenfalls hier eine feste Grenzlinie bestimmen und der Pforte wie Griechenland zur Annahme unterbreiten. Die Entsendung einer Commission würde dann nur den Zweck haben, Einzelheiten innerhalb der gegebenen Grenzlinie auf die Durchführbarkeit zu prüfen. Man erwägt unter solchen Umständen sogar die Möglichkeit, von der Entsendung einer Commission abzusehen oder wenigstens dieselbe von der Antwort der beiden beteiligten Mächte auf den Conferenzbeschluss abhängig zu machen. Jedenfalls wird sich die Erörterung über die Entsendung einer Commission bis gegen den Schluss der Conferenz verzögern.“

Über die Stellung, welche Russland zu der Conferenz einnimmt, wird der „Kreuzzeitung“ aus Petersburg geschrieben: „Man ist in hiesigen Regierungskreisen verwundert über die verschiedenen Gerüchte und Nachrichten, welche in Bezug auf angebliche Absichten und Wünsche verbreitet werden, denen Russland auf dieser Conferenz Ausdruck geben wolle. Im Gegensatz zu allen diesen bunten Versionen kann ich auf das allerbestimmteste versichern, dass Russland weder direct noch indirekt den Gedanken angeregt hat, dieser Berliner Conferenz irgend welche andere Fragen zur Entscheidung vorzulegen, als die griechische Grenzfrage. Wie Russland bisher in allem, was den Berliner Vertrag betrifft, nur im Einvernehmen mit den übrigen Signatarmächten vorgegangen ist, so hat unsere Regierung auch für die jetzige Conferenz in Berlin keine Separativwünsche, und sie beabsichtigt keineswegs, sich hinsichtlich der weiteren Action von den übrigen Mächten zu trennen. Das einzige, was unsere Regierung in Gemeinschaft mit den übrigen Mächten anstreben und erreichen will, ist das Resultat, dass die Pforte ihren Verpflichtungen nachkomme, die sie durch den Berliner Vertrag übernommen hat. Denn die strikte Ausführung des Berliner Vertrages sicherzustellen, ist der einstimmige Wunsch aller Mächte, deshalb sind auch alle bereit, darüber zu wachen, dass nichts den allgemeinen Frieden, nichts die Eintracht der Cabinate, noch die Wirkung ihrer Schritte störe. Zu diesem Zwecke und ohne jeden Nebengedanken entsendet auch unsere Regierung ihre Vertreter nach Berlin zu der Conferenz, in der es sich um Fragen

von europäischer Bedeutung handelt, nicht aber um Fragen, bei denen Russland gerade ein specielles Interesse haben könnte.“

Vorgänge im Orient.

Die Beziehungen zwischen Rumäniens und Bulgarien drohen sich wieder ernster zu gestalten. Nach einer Budapester Mittheilung vom 19. d. M. ist der geschäftsführende rumänische Agent in Sofia telegraphisch angewiesen worden, von der bulgarischen Regierung kategorisch eine unverweilste Erklärung über die Zurückziehung des Naturalisations-Gesetzes unter Androhung der Aufhebung der diplomatischen Agentie Rumäniens zu verlangen.

Aus Skutari wird gemeldet, dass die Mitglieder des Comités der Liga in Skutari aus dem Lager von Tuschi zurückgekehrt sind und beschlossen haben, den Mannschaftsstand der dortigen albanischen Streitkräfte nicht zu vermindern. In Tuschi selbst stehen beiläufig 6000 Mann, eben so viel sind in den Gebirgen bereit, auf den ersten Ruf zu folgen. Der Einfluss des Miriditen-Fürsten Prek Bib Doda ist in der Abnahme begriffen. Wegen der Absendung eines Loyalitäts-Protokolles an den Sultan herrscht noch Uneinigkeit. Die muhammedanischen Albanesen verweigern die Absendung einer Deputation nach Constantinopel. Hodo Bei wird seines Commandos von der Liga enthoben werden.

Das griechische Cabinet ist entschlossen, die Reserven befußt Bildung einer 38,000 Mann starken Armee einzuberufen, um für jede Eventualität bereit zu sein.

Unterm 15. d. M. wird der „Pol. Corr.“ aus Constantinopel geschrieben: „Sie und da glaubt man, dass Abeddin Pascha nicht lange Minister bleiben werde, und man designiert bereits seinen Nachfolger in der Person des Adrianopler Gouverneurs, Neouf Pascha. Diese Annahme hat jedoch wenig für sich, weil Abeddin Pascha, vom Sultan selbst erwählt, gerade im Augenblick der Mann der Situation ist. Als Minister des Neuherrn soll er die Integrität Albaniens gegen die Griechen, selbst gegen Europa verteidigen und gleichzeitig seinen Einfluss auf die Albanesen ausüben, um sie davon abzubringen, den Beifstand des Auslandes zu suchen und einen auswärtigen Prinzen zum Fürsten zu wählen. Niemand ist geeigneter als er, diese doppelte Mission zu erfüllen, und es ist wahrscheinlich, dass ihn der Sultan so lange auf seinem Posten belassen wird, bis er reüssiert, oder so lange noch Hoffnung ist, dass er reüssieren werde. Die Bothäfer haben der Pforte eine zwanzigjährige Frist gegeben, um die Antwort auf die identische Note auszuarbeiten; wahrscheinlich aber dürfte diese Antwort etwas früher zustande kommen. Nachdem der Inhalt der identischen Note wenigstens annähernd den türkischen Staatsmännern längst bekannt war, fieng man bei guter Zeit an, die Antwort zu entwerfen. Schon Sawas Pascha hatte sie skizziert, und es ist richtig, dass dessen Antwortentwurf alle den Türkern günstigen Punkte des Berliner Vertrages aufzählte, welche noch nicht ausgeführt sind; so die Punkte inbetreff der Donaufestungen, Batums, der bulgarischen Flottille, der Lage der Muhamedaner in Ostromelien etc. Wahrscheinlich wird dieselbe Beweisführung in der Antwort Abeddin Paschas befolgt werden. Wiewohl Said Pascha nicht mehr am Ruder ist, so ist er keineswegs in Ungnade, und sein Einfluss im Rathe des Sultans ist noch immer groß. Am vergangenen Freitag war Said Pascha insgeheim nach dem „Selamlik“ in den Palast geladen und hatte eine lange Unterredung mit dem Sultan. Einen grellen Gegensatz zu dieser fürstlichen Gunstbezeugung bildet die demonstrative, auf den Vorschlag Mr. Göschens beschlossene Unterlassung der üblichen Visite der Missionsvorstände bei dem gewesenen Cabinetschef, eine Unterlassung, welche Said Pascha zeigen soll, wie geringer Sympathien seine Persönlichkeit wie seine Politik sich beim diplomatischen Corps erfreute.“

Der Krieg am Stillen Ocean.

Die „Weser-Zeitung“ bringt unter dem vorstehenden Titel eine allem Anschein nach wohlunterrichtete, wenn auch für Peru wohl nicht sehr freundschaftliche Schilderung der trostlosen Lage, in welcher sich dieses

Land seinem Gegner Chile gegenüber in militärischer wie in wirtschaftlicher Beziehung befindet. Wir entnehmen diesem Artikel Nachstehendes:

"Bei der raschen Kriegserklärung war es Chile nur darum zu thun, Peru gleichfalls in die rechtliche Stellung eines Kriegsführenden zu bringen, der hinsichtlich der Beschaffung an Kriegsmaterial nur auf sich selbst angewiesen ist, und es des Vortheiles zu berauben, überall ohne Verstoß gegen internationales Recht und Herkommen offene Märkte zu finden, um seine und seines Bundesgenossen Kriegsrüstung zu vervollständigen. Während aber Chile alles daran setzte, sein Heer verzehnfachte, die Ausbesserung und theilweise neue Armierung seiner Schiffe mit unermüdlichem Eifer betrieb, für Kriegsmaterial in Hülle und Fülle sorgte, so dass ein peruanischer Kriegscorrespondent der Limaer „Patria“ zu schreiben nicht umhin konnte: „der chilenische Soldat marschiere ganz à la prussiana, mit allem vollständig ausgerüstet“; was geschah da in Peru? Wenig, fast gar nichts! Die freiwilligen Beiträge, welche Lima und Callao aufbrachten, fielen nicht ins Gewicht und genügten gerade, um von der englischen „Pacific Steam Navigation Company“ einen Raddampfer für den Transport von Truppen und Kriegsmaterial zu erstellen. Die Kriegsanleihe, welche der außerordentliche Congress bewilligte und die von allen Provinzial- und Municipalbehörden colportiert wurde, machte gründlich Fiasco. Die Erträge fielen so lägig aus, dass kaum die — immerhin noch mangelhafte — Ausrüstung der Flotte davon bestritten werden konnte.

Allerdings wurden nach Arica und Iquique Truppen geworfen, auch der „Morro“ Aricas mit einigen Geschützen montiert und die Flotte, welche, früher die beste der südamerikanischen Republiken, jetzt heillos verlottert war, nothdürftig in Stand gesetzt. Das Thurm- und Widderschiff „Huascar“ lag abgerüstet mit absichtlich unbrauchbar gemachter Maschine im Hafen, da man seit dem pierolistischen Putsch vom 9. Mai 1877, um vor ähnlichen Überraschungen gesichert zu sein, einzelne Maschinenteile herausgenommen hatte. Diese waren nun spurlos verschwunden, und die nach einmonatlicher Arbeit fertig gestellten passten derartig, dass der „Huascar“, obwohl von einer Commission für völlig feuerfähig befunden, kaum ausgelaufen, wieder umkehren und abermals zur eingehenden Untersuchung und Ausbesserung ins Dock musste, wo abermals ein ganzer Monat erforderlich war, ehe die Maschine ordnungsmäßig arbeiten konnte.

Doch endlich Mitte Mai v. J. konnte das Geschwader auslaufen, auch die beiden Monitors „Atahualpa“ und „Manco-Capac“ waren so weit hergestellt, um als schwimmende Batterien zur Hafenverteidigung dienen zu können, und nun glaubte ganz Peru gewonnenes Spiel und seine Aufgabe gelöst zu haben, höchstens dass noch etliche Torpedos bestellt und einige Bataillone „Freiwilliger“ im Innern aus den „Cholos“ und „Indios“ zusammengesetzt wurden, die dann fort und fort bei jeder Gelegenheit desertierten. Von einem in der Provinz Puno zusammengerafften Bataillon von 650 „Freiwilligen“, die, wie es schien, ein sehr brauchbares Material abzugeben versprachen, kamen in Mallendo kaum 300 Mann an, wie der Commandant derselben unter lauten Verwünschungen selbst mit mitteilte. Der Präsident General Brado, der als „director de la guerra“ Mitte Mai vorigen Jahres nach dem Kriegsschauplatze abgegangen war, blieb in Arica und vertrieb sich die Zeit mit Sect und Rocambole, während sein hoher Verbündeter, Generalcapitán Daza, in Tacna Baccho et Beneri huldigte und zur Abwechslung hin und wieder nach Arica fuhr, um mit dem Contre-Admiral Montero auf die Seelöwenjagd zu gehen. Die Regierung in Lima aber war von dem Congresse so in Anspruch genommen, dass der Ministerpräsident und Kriegsminister General Mendiáburu die Depeschen, in denen Kriegsmaterial etc. wiederholt verlangt wurde, oft uneröffnet auf seinem Schreibtisch und die Krupp'schen Kanonen mit Munition in Callao liegen ließ. Als schließlich der Alviderdampfer „Chalaco“ mit der kategorischen Weisung kam, das Verlangte sofort zu laden, gab der Kriegsminister freilich seine Zustimmung, doch der Arsenaldirector Viceadmiral de la Haza hielt es mit dem „Eile und Weile“ und verschob trotz aller Vorstellungen und trotz der Gefahr, die im Verzuge lag, die Herausgabe um volle 24 Stunden. Um Lima und Arica von der unterseeischen Telegraphenleitung, die von den Chilenen bedroht war und dann auch in Mallendo zerstört wurde, unabhängig zu machen, wurde zwar das Geld angewiesen, doch die Verbindung selbst blieb in der ad hoc ernannten Commission stecken.

„So ist es überall ergangen. Trotz der pomphaften Phrasen von Vaterlandsliebe und Opfermut, die man oft genug bis zum Verdruss hat anhören müssen, hat der Peruaner nirgends seine schlechten National-eigenschaften zum Wohle des Ganzem dauernd überwinden können. Das Strohfeuer erlosch gar bald, und dann kamen indolente Lässigkeit und Saumseligkeit, Habgier und Bereicherungssucht, kleinerer Neid und Eifersucht, gemeiner Hass und Nachsicht wieder zum Vorschein, bald verstckt, bald offen, und bildeten die Glieder der bösen Kette, die Peru eine Demuthi-

gung nach der andern zuzog und trotz der englischen Vermittlung, die das Cabinet Gladstone ja nach der Erklärung des Unterstaatssecretärs Dilke im Hause der Gemeinen eintreten lassen will, sobald sich eine günstige Gelegenheit biete, dasselbe eins, wenn nicht gar zwei Departements — Tarapaca und Tacna — kosten wird, zumal es völlig auferstanden ist, irgend eine bare Kriegsentschädigung aufzubringen.“

Tagesneuigkeiten.

— (Bur Brüsseler Militärmusik-Concurrenz.) Die 80 Mann starke Kapelle des Infanterieregiments Baron Biemiecki Nr. 36, welche seit einiger Zeit in der Beuthausfaserne zu Prag die Ensembleproben für die Militärmusik-Concurrenz unter Leitung des Kapellmeisters Czibulka abhält, wird am 20. Juli von Prag nach Brüssel abgehen. Der Concurrenztag ist der 25. Juli. Die militärische Führung der Kapelle hat für die Brüsseler Reise Hauptmann von Gilio-Rimoldi, die musikalische Kapellmeister Czibulka. Das eigentliche Concurrenzprogramm der Kapelle enthält nur drei Piecen, und zwar die für alle concurrierenden Kapellen gleichmäßig vorgeschriebene Ouverture „Frances juges“ („die Behmrichter“) von Hector Berlioz, danu zwei selbstgewählte Piecen, und zwar die „Rhapsodie hongroise“ in F-moll von Fr. Liszt in der interessanten Einrichtung für Militärmusik, dann den Triumphmarsch und die Ballettmusik (II. Finale) aus Verdis Oper „Aida“. Mit der Kapelle des österreichischen Infanterieregiments Nr. 36 werden concurrieren: die Kapellen der belgischen Infanterieregimenter Nr. 7 aus Gent und Nr. 14 aus Antwerpen, die Kapelle des großherzoglich hessischen Leibgarderegiments aus Darmstadt und die Kapelle des großherzoglich badischen Leibgrenadierregiments „Großherzog“ aus Carlsruhe.

— (Fischerei in Ungarn.) Betreffs Regelung der Fischerei hat, wie die „Pressburger Zeitung“ mittheilt, der ungarnische Karpathenverein eine Eingabe an die Regierung gerichtet, in welcher der traurige Verfall der Fischerei in Oberungarn geschildert wird, dem nur durch ein zweckmäßiges Fischereigesetz entgegengearbeitet werden könne. In dieser Beziehung macht der Verein folgende Vorschläge: Der Forellenzug wäre vom 1. Oktober bis 1. April zu verbieten. Die Bachschonzeit hätte vom 1. Oktober bis 1. Jänner zu dauern, außerdem solle der Bachszug von Samstag abends 8 Uhr bis Sonntag 8 Uhr abends untersagt sein. Es sei verboten, mit solchen Netzen zu fischen, deren Maschen im nassen Zustande kleiner als 3 cm., desgleichen die Absperrung der Flüsse durch Drahtgitter und Netze sowie die Erlegung von Fischen mit Schießwaffen und spitzen Werkzeugen, betäubenden oder explodierenden Mitteln. Schließlich wäre auch das nächtliche Fischen und das Aushauen von Eislöchern zum Zwecke der Fischerei zu verbieten.

— (Schachcongress.) Der internationale Schachcongress in Wiesbaden beginnt am 3. Juli. Zum Meisterturnier haben sich bis jetzt angemeldet aus Wien die Herren Berthold Englisch und Adolph Schwarz; ferner die Herren A. Fritz, Stud. jur., Gießen; Ed. Hammacher, Köln; Joh. Mindvitz, Leipzig; W. Paulsen, Nassgrund; F. Stiemann, Stud. jur., Berlin; Emil Schallopp, Berlin; Arn. Schottländer, Breslau; Dr. C. Schwede, Dresden; Carl Wemmers, Köln; Staatsrath v. Möller, Wiesbaden; Dr. jur. C. Schmid, Dresden; Simon Winawer, Warschau; Hugo Fähndrich, Pest; G. Bird, London; J. H. Blackburne, London; P. W. van de Kramer, Middelburg. Für das Hauptturnier sind ebenfalls schon viele Anmeldungen eingetroffen, außerdem werden sich von den Deputierten, die aus allen Theilen Europas kommen, viele an den Neben- und Tombola-Turnieren beteiligen. Eine auch für das große Publicum interessante Veranstaltung wird die Blindlings-Production werden, wo Herr Stud. jur. Fritz aus Gießen acht Partien gleichzeitig gegen acht Spieler übernehmen wird, ohne während der ganzen Zeit auch nur die Spiele selbst zu sehen. Die Curverwaltung wird während des Schachcongresses alles aufbieten, auch außerhalb der Turnerräume den Fremden und Gästen Amusement und Berstreitung zu gewähren.

Locales.

Krainischer Landtag.

4. Sitzung.

Laibach, 21. Juni.

Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. R. v. Kaltenegger; Vertreter der Regierung: der l. l. Landespräsident Winkler und der l. l. Regierungsrath Hotschewer. Anwesend 32 Abgeordnete.

I. Das Protokoll der letzten Sitzung wird in slovenischer Sprache verlesen und genehmigt.

Der Landespräsident überreicht einen Gesetzentwurf des Ackerbauministeriums wegen Regelung der Hebung der Fischerei.

II. Abg. Deschmann referiert namens des Finanzausschusses über die Borauschläge des Theaterfondes für die Jahre 1880 und 1881, zugleich über die Rechnungsabschlüsse des Theaterfondes für die Jahre 1878 und 1879 und beantragt:

1.) Das Präliminare des Theaterfondes pro 1880 wird in dem Erfordernisse mit 3422 fl. in der Bedeckung in der gleichen Höhe, jenes pro 1881 in dem Erfordernisse mit 3294 fl. und der gleichen Bedeckung festgestellt.

2.) Der Rechnungsabschluss des Theaterfondes pro 1878 wird in den reellen Einnahmen mit 7463 fl. 99½ kr. und den reellen Ausgaben per 8444 fl. 78½ kr., sonach mit der durch den Landesfond gedeckten Wechselausgabe per 980 fl. 79 kr. und dem nach Abschreibung des Interessenrückstandes per 20,482 fl. vom Kapitale per 19,950 fl. sich ergebenden Vermögensstande per 44,286 fl. 7 kr.; jener pro 1879 mit den reellen Gesamtneinnahmen per 3546 fl. 23 kr. gegenüber den reellen Gesamtausgaben per 2964 fl. 41 kr. mit einem Einnahmenüberschusse per 581 fl. 82 kr. und dem Vermögensstande per 44791 fl. 97 kr. zur genehmigenden Kenntnis genommen.

3.) Der Landesausschuss wird ermächtigt, für den Fall grösserer nothwendig werdender Adaptierungen im Redoutengebäude behufs weiterer Vermietung der vom Mapparchive innegehabten Localitäten außer dem für die Gebäude-Erhaltung pro 1881 eingestellten Betrage per 670 fl. auch den Geburungsüberschuss vom Jahre 1879 von 581 fl. 82 kr. zu diesem Zwecke zu verwenden.

Sämtliche Anträge werden genehmigt.

III. Abg. Dr. v. Schrey referiert namens des Finanzausschusses über den Vorschlag des Vorwaltungsfondes für das Jahr 1880 und beantragt:

1.) Demselben in dem Erfordernisse mit 195,829 fl. und in der Bedeckung mit 16,551 fl. 72½ kr., sonach mit einem Abgange per 179,275 fl. 27½ kr., seine Zustimmung zu geben;

2.) zur Deckung dieses Abganges per 179,275 fl. 27½ kr. wird für das Jahr 1880 eine 18proc. Normalfondsummlage auf die dem Befüllung bei dem Landes- und Grundentlastungsfonde unterliegenden directen Steuern, mit Ausnahme jener des Stadtbezirkes Laibach, beschlossen und der Landesausschuss beauftragt, das erforderliche wegen Allerhöchster Sanctionierung dieses Beschlusses und wegen Erhebung der Umlage zu veranlassen;

3.) der Lehrerswaise Johanna Maschek wird die Gnadengabe jährlicher 50 fl. für die Jahre 1880, 1881 und 1882 unter den bisherigen Bedingungen bewilligt;

4.) der Lehrerswaise Anna Zentrich wird der Fortbezug der Gnadengabe per 50 fl. bis zum 1. Mai 1881 bewilligt und der Landesausschuss beauftragt, über die Voraussetzung einer weiteren Verlängerung dieser Gnadengabe die Erhebungen zu pflegen;

5.) der Landesausschuss werde beauftragt, von dem zur Bestreitung für Religionslehrer Remunerationen eröffneten Crediten per 700 fl. nur in dem Falle Gebrauch zu machen, wenn der Normalfond durch eine endgültige Entscheidung des diesfalls competenten höchsten Gerichtshofes zur Bestreitung der Remunerationen für Religionslehrer verpflichtet wird.

Abg. Freiherr v. Alpfalzern steht in der vorschussweisen Bewilligung von Summen zur Unterstützung der Schulbauten eine Abdication des Landtages auf das ihm zustehende Budgetbewilligungsrecht und eine Vermehrung der Verantwortlichkeit des Landesausschusses. Redner beantragt daher, vom Jahre 1882 angefangen nur die im ordentlichen Wege vom Landtage genehmigten Beiträge für Schulhausbauten dem Landesschulrathe zur Zahlungsanweisung verfügbare zu machen.

Referent Abg. Dr. v. Schrey erklärt, er habe gegen diesen Antrag nichts einzubringen, worauf sämtliche Posten bis zum Antrage 5 mit dem Zufluss antrage des Freiherrn von Alpfalzern angenommen werden.

Zum Antrage 5 spricht Abg. Dr. Ritter von Bestenek: Trotzdem die Umlagen für den Normalfond 18 Procent betragen, weise derselbe doch ein Deficit auf. Es sei also begreiflich, dass man Posten streicht, von denen es nicht erwiesen ist, ob der Normalfond zur Tragung derselben verpflichtet sei. Sollte nun der Antrag des Finanzausschusses angenommen werden, so blieben, da die Entscheidung der höheren Instanzen möglicherweise sehr lange ausständig sein könnte, die Religionslehrer faktisch ohne Remuneration. Dies empfiehlt sich jedoch aus praktischen Gründen nicht, daher müsse die vom Finanzausschusse beliebte Verlausulierung fallen. Redner stellt daher den Antrag:

„Die Remunerationen für die Verschung des Religionsunterrichtes sowie der zu gleichem Zwecke eröffnete Pauschalcredit pro 700 fl. werden unter dem Vorbehalt des vom Landesausschusse vertretenen Standpunktes, dass der Normalfond zur Leistung dieser Remunerationen nicht verpflichtet sei, und unter Vorbehalt des Regresses an die im Instanzenzuge zur Leistung dieser Remunerationen verpflichtet Erkanntheit eingestellt, und es wird der Landesausschuss beauftragt, einerseits obigen Vorbehalt dem Landesschulrathe mitzutheilen, andererseits die Frage der Remunerierung der Religionslehrer im Instanzenzuge eventuell vor-

dem Verwaltungsgerichtshofe oder Reichsgerichte zur endgültigen Austragung zu bringen und gleichzeitig zum Zwecke der Entlastung des Normalchulfondes zu veranlassen, dass mindestens jene Schulgemeinden, deren Religionslehrer derzeit aus dem Normalchulfond remunerirt werden, den das Führenrelatum im Sinne des § 55 der politischen Schulverfassung erreichenden Theil obiger Remunerationen sofort übernehmen."

Abg. Graf Thurn befürwortet in wärmster Weise den Antrag. Die Religionslehrer an vierklassigen Schulen haben vollauf zu thun, ihre Remunerierung ist daher vollkommen berechtigt. Dieselbe dürfte auch das fürstbischöfliche Ordinariat bewegen, an Orten, wo sich vierklassige Volksschulen befinden, nur solche Kapläne anzustellen, welche didaktisch vollkommen ausgebildet sind. Die religiös-sittliche Erziehung in der Volksschule sei sehr wünschenswert, aus diesem Grunde daher auch die Ertheilung des Religionsunterrichtes unbedingt nötig. Der kainische Clerus sei gegenwärtig der Schule sehr freundlich gesinnt und thue alles, was zum Wohle des Schulwesens ist, indem er nicht nur die Errichtung neuer Schulen, sondern auch die Erweiterung schon bestehender thatkräftig fördert. Redner hätte daher lieber noch einen erhöhten Betrag eingestellt gesehen, damit alle Religionslehrer an den vierklassigen Schulen remuneriert werden könnten.

Abg. Dr. Deu sagt, der Religionsunterricht in den Volksschulen sei gesetzlich obligatorisch, daher müsse für die Ertheilung derselben gesorgt werden, doch könne man andererseits die Kosten hiefür nicht den Gemeinden aufzürden. In dieser Erwägung unterstützt er den Besteneck'schen Antrag.

Landespräsident Winkler empfiehlt den Antrag des Abgeordneten Ritter v. Besteneck wärmstens zur Annahme. Sollte der Normalchulfond in höherer Instanz nicht als der Verpflichtete erkannt werden, so sei ja das Regressrecht im Antrage ohnehin gewahrt. Der Herr Antragsteller sowie die beiden Vorredner haben bereits so viele Gründe für den Antrag vorgebracht, dass nichts Wesentliches mehr für denselben zu sagen erübrige. Laut § 5 des Reichsvolksschulgesetzes ist der Religionsunterricht obligat und haben dafür die betreffenden Kirchenbehörden zu sorgen. Durch das Gesetz vom 22. Juli 1872 habe jedoch diese Bestimmung eine Einschränkung erfahren, indem dasselbe ausdrücklich bestimmt, dass an den vierklassigen Schulen eine Remunerierung des Religionsunterrichtes einzutreten habe. Die Remuneration wird den Religionslehrern auch über Vorschlag des Bezirksschulrathes vom Landesschulrathe bewilligt. Wer die Auslagen dafür tragen soll, ist eben eine streitige Frage. Die Gemeinden seien durch das Gesetz bloß zur Tragung der materiellen Kosten für das Schulwesen verpflichtet, als die Erhaltung, Beheizung und Reinigung der Schullocalitäten, die Beschaffung der Lehrmittel u. s. w. Die Bezahlung der Lehrergehalte aber obliege nach dem Gesetze dem Normalchulfond, und die Religionslehrer seien eben auch Lehrer.

Uebrigens sprechen auch Opportunitätsgründe für die Annahme des v. Besteneck'schen Antrages. Macht der Landesausschuss vom Recursrechte Gebrauch, so wird die Entscheidung darüber, da sie zahlreiche Instanzen durchlaufen muss, voraussichtlich auf längere Zeit hinausgeschoben. Es sei aber auch ein Gebot der Klugheit, in Kain nicht gegen einen Stand so schroff aufzutreten, der sich mehr wie irgendwo anders mit den neuen Volksschulgesetzen befremdet hat. Nicht nur, dass der Clerus Kain dem Volksschulgesetze keine Opposition mache, ertheilen sogar in 30 Nothschulen Geistliche den Unterricht. Die Verweigerung eines so geringen Betrages für die Remunerierung des Religionsunterrichtes würde daher von geringem Entgegenkommen zeigen. Aus diesen Gründen könne der Landespräsident die Annahme des v. Besteneck'schen Antrages nur befürworten.

Abg. Klun weist darauf hin, dass er in der letzten Session beantragt habe, sämtlichen Katecheten Remunerationen zu bewilligen, doch wurde sein Antrag leider abgelehnt. Mit Vergnügen müsse er constatieren, dass die verehrten Vorredner der Majorität des Hauses, welche früher die Ertheilung des Religionsunterrichtes nur als selbstverständliche Pflicht der Kirche zu betonen pflegte, heute die Wichtigkeit des Religionsunterrichtes hervorgehoben und die Notwendigkeit der Remunerierung derselben zugestanden haben. Diese Enunciation habe nicht nur die Freude seiner Gesinnungsgenossen wachgerufen, sondern werde den freundlichsten Nachhall im ganzen Lande finden. Wenn die Behauptung aufgestellt wird, die Kirchenbehörde habe für den Religionsunterricht selbst zu sorgen, so mag dies richtig sein, allein die Religionslehrer seien durchaus nicht verpflichtet, sich der Stundeneintheilung der Schule zu fügen. Indem Redner den Antrag von Besteneck im allgemeinen unterstützt, befürwortet er gleichzeitig die Ablehnung jenes Theiles derselben, welcher das Regressrecht an den Verpflichteten wahrt. Werden die Gemeinden als die Verpflichteten erkannt, so werden sie diese neue Zahlung zwar sehr schwer, aber doch leisten; desto schwerer aber wird es ihnen sein, pro praeceptorato nachzuzahlen. Wenn aber der Religionsfond zur Zahlung verurtheilt wird, so muss bei

dem passiven Stande desselben der Abgang wie bisher aus dem Staatschafe bestritten werden.

Abg. Dr. Schaffer erklärt sich gegen den Antrag des Abgeordneten Klun. Sollten die Gemeinden die Verpflichteten sein, nun dann habe der Landtag noch immer das Recht, von seinem Regressrechte in besonders berücksichtigswerten Fällen keinen Gebrauch zu machen.

(Schluss folgt.)

— (Aus dem Landtage.) Im weiteren Verlaufe der gestrigen Landtagssitzung, über deren ersten Theil wir oben des näheren berichten (den Schluss des Sitzungsberichtes bringen wir in unserer morgigen Nummer) wurde der Antrag des Abg. Dr. R. v. Besteneck, nachdem sich an der hierüber geführten Debatte außer den genannten Rednern nochmals der Antragsteller und der Referent Dr. v. Schrey, sowie der Herr Landespräsident — letzterer zu einer thatächlichen Berichtigung — befehligt hatten, mit großer Majorität angenommen. Der Antrag des Abg. Klun wurde, nachdem bei Stimmgleichheit der Vorsitzende dagegen abgelehnt hatte, abgelehnt. Weiters wurden die Rechnungsaufschlüsse des Stiftungsfondes und der Slaper Landes-Weinbauschule pro 1878 und 1879 ohne Debatte genehmigt und dem Spitalsverwalter in Commenda St. Peter, Josef Lomberger, die bisherige Remuneration per 250 fl. vom Jahre 1880 an auf 300 fl. erhöht. — Um halb 2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen, die nächste findet Donnerstag, den 24. d. M., statt.

— (Pater Benvenut.) Der Convent der P. P. Franciscaner in Laibach hat durch den Tod seines, gestern abends unter lebhafter Anteilnahme aller Stände der hiesigen Bevölkerung zu Grabe getragenen Ordensseniors Pater Benvenut Crobath einen herben Verlust erlitten. Der Verstorbene war durch vier Decennien Mitglied des hiesigen Franciscanerklosters und hatte sich in dieser langen Zeit nicht nur die Liebe und Verehrung seiner Ordensbrüder, sondern gleichzeitig auch durch sein humanes Wirken, seine Leutseligkeit und Toleranz die Hochachtung aller gebildeten Kreise der Landeshauptstadt in seltemem Maße erworben. Beweis dessen der Umstand, dass er als Trostspender an zahllose Krankenbette gerufen und mit Vorliebe als Berather und vermittelnder Versöhner im Familienleben in Anspruch genommen wurde; auch ein großer Theil der hiesigen Geistlichkeit verehrte in dem würdigen Greise seinen liebvollen Weichtvater.

Pater Benvenut Crobath war am 6. Jänner 1805 zu Straßisch bei Kainburg als Sohn armer Bauernleute geboren. Die Normalschule absolvierte er in Kainburg, die humanistischen Studien in Laibach, die theologischen Studien zum Theile in Laibach und Görz. Am 10. September 1823 wurde er im Kloster zu Tersat in den Orden der P. P. Franciscaner eingekleidet und am 14. September 1826 legte er in Görz den Profess ab, wo er auch am 28. September 1828 zum Priester geweiht wurde. Nach Absolvierung seiner Studien war Pater Benvenut als Professor an den Gymnasien zu Karlstadt und Rudolfsdorf — am lebteren vom Jahre 1830 bis 1836 — thätig. Vom Jahre 1836 bis 1837 war er Präfect des Gymnasiums in Pisino. Von 1828 bis 1830 und später vom Jahre 1842 an bis zu seinem Tode, somit durch volle 40 Jahre, gehörte er dem hiesigen Convente der P. P. Franciscaner an. Im Jahre 1848 war Pater Benvenut mit großer Aufopferung bei den Typhus- und Cholerafranken in dem Laibacher Militärspitale als Seelsorger thätig und wurde für seine ausgezeichnete Wirkamkeit von St. Majestät dem Kaiser mit der großen goldenen Civil-Ehrenmedaille ausgezeichnet. Dieselbe trägt auf der Aversseite das Bildnis des Kaisers und auf der Reversseite die Inschrift: "Meritis P. Benvenuti Crobath. Franciscus Josephus I."

Durch 27 Jahre fungierte Pater Benvenut als Seelsorger im hiesigen Civilspitale. Wie vielen armen trostlosen Kranken er in dieser Stellung Muth und Ergebung in den göttlichen Willen eingesetzt hat, das hat der Greis in seinen letzten Lebenstagen gerne mit berechtigtem Stolze und mit Genugthuung erzählt. Als im Jahre 1856 der Biaudet bei Franzdorf gebaut wurde und gegen 1000 italienische Arbeiter dabei beschäftigt waren, war Pater Benvenut auch in dem in Franzdorf errichteten Barackenspitale thätig, da er der italienischen Sprache vorzüglich mächtig war. Am 29. September 1878 feierte Benvenut, körperlich und geistig noch vollkommen rüstig, sein 50jähriges Priesterjubiläum in der Franciscanerkirche und wurde bei diesem Anlass seitens des Landespräsidenten, des Landeshauptmannes, des Bürgermeisters von Laibach und sämtlicher geistlicher Vorsteher auf das herzlichste beglückwünscht. Die Bewohner jener Orte, in welchen der Verstorbene als Geistlicher gewirkt hatte, spendeten ihm zu seiner Jubelfeier einen sehr hübsch ausgeführten Pilgerstab. Leider hat der edle Priester sein Jubiläum nicht lange überlebt. Ein freundliches und ehrenvolles Andenken bleibt ihm gewiss bei allen, die ihn gekannt haben, gewahrt.

A.
— (Laibacher Biedertafel.) Trotz des nach einem prachtvollen Vormittage sich gegen Abend zu immer mehr umdästernden Wolkenhimmels veranstaltete die Laibacher Biedertafel Samstag abends im Casinogarten

ihre vierte Vereinsunterhaltung und fand auch diesmal ein zahlreiches Publicum. Die heimtückischerweise unter Mondcheinbeleuchtung wiederholte niedergegangenen kurzen Regen wurden von der Sängerschar und deren Gästen klugerweise nicht allzu ernst genommen und hatten in Wirklichkeit nur den Erfolg, dass sich ein Theil des Publicums in den Glassalon zurückzog und dort allerdings ein schützendes Dach fand, dafür aber auf die feineren Nuancen der gerade zu jener Zeit am Programme gestandenen Gesangsspielen zumeist Verzicht leisten musste. Urgeachtet dieser unwillkommenen, aber den Laibacher Gartensfesten, die den Horn der Götter auf sich geladen zu haben scheinen, fast unvermeidlichen Störungen war auch die vierte Vereinsunterhaltung ebenso gelungen, wie die früheren. Das Programm entwickelte eine Anzahl von trefflich ausgewählten effectvollen Gesangsnummern, die insgesamt vorzüglich unter Beobachtung aller Accuratesse von kräftigen, wohlklingenden Stimmen vorgetragen wurden und das Publicum zu lebhaften Beifallsbezeugungen animierten. Leider mussten die schönsten Piecen: "Drauwälzer" von Koschat, "Romancapitel" von Engelsberg und der Promotionsmarsch aus "Dr. Heine" bei dem Umstände, als unter den bekannten trostlosen Musikverhältnissen Laibachs ein Streichorchester zur Begleitung nicht aufzutreiben war, mit Clavier begleitet werden, ein Versuch, dessen Wiederholung wir nicht anrathen können, indem das Instrument im offenen Garten entschieden zu schwach klingt. Namentlich die Quadrille "Romancapitel mit unpassenden Motto's", eine in Laibach unseres Wissens bisher noch nicht vorgetragene prächtige Composition Engelsbergs, die Glanznummer des Abends, hätte mit Orchesterbegleitung eine noch weit größere Wirkung erzielt und wird auch im geschlossenen Locale mit Clavierbegleitung stets ein dankbares Publicum finden.

Unter den übrigen Nummern verdienen namentlich Nedvěds "Popotnikova pesem" mit dem von Herrn Nemilian Böhm gefühlvoll vorgetragenen Tenorsolo und dem herrlichen Schlussjahe, dann das Soloquartett "Abendruhe" von Abt, welches von den Herren Nem. Böhm, Josef Böhm, Schulz und Kulp sehr schön gesungen wurde, sowie "Der nächtliche Gruss" von Storch, wobei das Tenorsolo von Herrn Pock äußerst anerkennenswert am Pifon geblasen wurde und eine hübsche Wirkung hervorbrachte, besonders erwähnt zu werden. Die Musikkapelle des Herrn Börner brachte ein sehr gewähltes Programm zum Vortrage und fand nach jeder Nummer lebhaften Beifall. Eine vom Kapellmeister componierte und der "Laibacher Biedertafel" gewidmete, sehr melodiose und vise Polka française musste auf stürmisches Verlangen wiederholt werden. Während des Vortrages überreichte der Compositeur dem Vereinsvorstande die in eine elegant ausgestattete Decke gebundene Partitur unter den Acclamationen des Publicums, das von dem Vorgange durch ein Transparent verständigt wurde. Das trotz der ungünstigen Witterung 300 bis 400 Personen zählende Publicum blieb bei den heiter anregenden Klängen der fleißigen Musikkapelle noch ziemlich lange nach Schluss des Programmes beisammen.

— (Clavier-Concert.) Die hiesige Clavierlehrerin Fräulein Emilie Bettinovich veranstaltete Sonntag vormittags von 11 bis 12 Uhr in ihrer Wohnung ein Clavier-Concert, wobei sich eine Anzahl ihrer Zöglinge vor einem aus ungefähr fünfzig geladenen Hörern bestehenden Publicum produzierte. Sämtliche Leistungen waren sehr befriedigend und zeigten bereits große Fortschritte der Schüler, indem sie gleichzeitig der Lehrerin ein ehrenvolles Zeugnis ausstellten. Namentlich die Schlussnummer, welche von letzterer und ihrer am weitesten ausgebildeten Schülerin auf zwei Piano-forten executiert wurde, rief großen und wohlverdienten Beifall hervor.

— (Für die Nothleidenden in Unterkrain.) Infolge des Aufrufes des Herrn Landespräsidenten vom 15. d. M. hat die "Laibacher Biedertafel" beschlossen, den bereits angekündigten Familienabend zur Feier des einjährigen Vereinsbestandes vorläufig zu verschieben und sofort einen Singabend im Casinogarten zu veranstalten, dessen ganzer Reinertrag den nothleidenden Landsleuten in Unterkrain zugewendet wird. Diese Production findet bereits kommenden Samstag, den 26. d. M. statt und wird ein ebenso reichhaltiges als interessantes Programm entfalten. Zur Förderung des wohltätigen Zweckes wird im Garten ein Glückshafen aufgestellt, um dessen Dotierung durch passende Spenden die Vereinsleitung soeben einen Appell an das Publicum richtet, der gewiss auch diesmal nicht unerfüllt bleiben wird. In Anbetracht des wohlthätigen, dem Vereine, der seine Gründung nicht würdiger feiern könnte, zur Ehre gereichenden Zweckes ist eine zahlreiche Beihilfung des Publicums sicher zu gewärtigen. Der verschobene Familienabend wird in der ersten Hälfte des Monates Juli abgehalten werden, der auf den kommenden Sonntag, den 27. d. M., anberaumt gewesene Vereinsausflug wird infolge dessen um eine Woche vertagt.

— (Getödeter Bahnharbeiter.) Auf der Südbahnstrecke zwischen Franzdorf und Trauerberg ist am 18. d. M., nachmittags der Eisenbahn-Borarbeiter Johann Kräpper während der Fahrt von einem kleinen Eisenbahn-Handwagen heruntergefallen und überführt

worben, wobei ihm der linke Arm und der linke Fuß zerquetscht und auch am Kopfe einige Verwundungen zugefügt wurden. Der Unglückliche ist im schwer verletzten Zustande sofort in das Landesspital in Laibach übertragen worden, wofolbst er tagsdarauf seinen Verlebungen erlegen ist.

(Wasserfälle.) Außer dem Radulabache sind infolge der Regengüsse am 16. d. M. auch der Neuring-, Lahn- und Rüttelbach im Steuerbezirk Nassau ausgetreten und haben die Heuernte auf sämtlichen entlang dieser Bäche liegenden Wiesen vollständig vernichtet.

(Gemeindewahl.) Bei der am 10. d. M. stattgehabten Neuwahl des Vorstandes der Ortsgemeinde Neudegg im Bezirk Rudolfswert wurden gewählt, und zwar: zum Gemeindevorsteher Ludwig Koračin, Realitätsbesitzer und Gastwirt in Neudegg; zu Gemeinderäthen Anton Rebernik, Grundbesitzer und Krämer in Neudegg; Josef Kolenc, Grundbesitzer in Oberdorf; Josef Strah, Grundbesitzer in Lihavoj, und Johann Kral, Grundbesitzer in Selo.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Die Jubiläumsfeier in Idria.

(Vom Specialberichterstatter der „Laib. Ztg.“)

Idria, 21. Juni, 10 Uhr abends. Ganz Idria prangt in herrlichem Festschmucke. Die Stadt ist reich und vorwiegend in den Reichsfarben besetzt. Bei der im dichtbesetzten Werkstheater abgehaltenen gelungenen Festvorstellung wurde die nach dem Prolog angekündigte Volksymphonie stürmisch bejubelt. Soeben erglänzt die Umgebung Idrias bis in weite Fernen in feenhafte Höhenbeleuchtung. Die Illumination der Stadt selbst ist prächtig gelungen und weist zahlreiche hübsche Transparente auf. In gehobener Stimmung und unter Pöllerschüssen durchwogt eine dichte Menschenmenge die Straßen der Stadt. Der morgige Festzug, zu dem allseits große Vorbereitungen getroffen sind, verspricht ein farbenprächtiges Bild zu liefern.

Budapest, 21. Juni. Die Reichstagssession wurde geschlossen, die nächste Session beginnt am 25. September.

Berlin, 21. Juni. Abgeordnetenhaus. Bennigsen erklärt namens seiner politischen Freunde, Artikel IV der Kirchenvorlage (Rückberufung abgesetzter Bischöfe) abzulehnen; rücksichtlich der Artikel I und V sei er zu Verhandlungen bereit; auch dem Amendement der Conservativen zu Artikel IX werde er zustimmen. Der Cultusminister bezeichnet Artikel IV als den Mittelpunkt der Gesetzesvorlage. Die Regierung schreibt nicht vor den Folgen der Zurückberufung der Bischöfe zurück. Bei der augenblicklich unberechenbaren Entscheidung des Hauses habe die Regierung keinen Anlaß, irgend eine wesentliche Bestimmung fallen zu lassen. Aus der reservierten Haltung der Regierung bis zur letzten Entscheidung möge man keinen Schluss ziehen. Der Justizminister befürwortet den Artikel IV in juristischer Hinsicht. Gneist und Birchow sind gegen Artikel IV, weil die Rückberufung der Bischöfe mit der Staatsautorität unvereinbar ist. Windthorst erklärt jetzt, die Abstimmung des Centrums sei nur eine eventuelle; er stimme für Artikel IV, wenn die Klausel von der Anzeigepflicht beseitigt werde. Der Antrag Stengel wegen Anzeigepflicht der Bischöfe wird angenommen und alsdann Artikel IV in der nunmehrigen Fassung mit 252 gegen 150 Stimmen angenommen.

Wien, 21. Juni. (N. fr. Pr.) Der Kaiser hat auf Vorschlag des Oberhofmeisteramtes vom 14. Juni Freiherrn v. Dingelstedt zum Director beider Hoftheater ernannt. Die Leitung der Hofoper übernimmt Freiherr v. Dingelstedt vom 1. Oktober d. J. ab.

Börsebericht. Wien, 21. Juni. (1 Uhr.) Es herrschte im allgemeinen ein sehr fester Ton im Geschäfte, und es fehlte nicht an einzelnen Avancen, doch blieb der Verkehr sehr beschränkt.

	Geld	Ware
Papierrente	73.90	74--
Silberrente	74.20	74.30
Goldrente	89.30	89.40
Vöse, 1854	122.50	123--
" 1860	133.25	133.50
" 1860 (zu 100 fl.)	133.50	134--
" 1864	174.50	174.75
Ung. Prämien-Anl.	114--	114.25
Credit-L.	180.50	181--
Theis-Regulierungs- und Siedler Vöse	107.70	107.90
Rudolfs-L.	18--	18.25
Prämienanl. der Stadt Wien	121--	121.25
Donau-Regulierungs-Vöse	112--	112.50
Domänen-Pfundbriefe	144.25	144.75
Oesterl. Schatzscheine 1881 rückzahlbar	100.20	100.40
Oesterl. Schatzscheine 1882 rückzahlbar	101.40	101.70
Ungarische Goldrente	110.45	110.55
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	128--	128.25
Cumulativstücke	127.75	128--
Anlehen der Stadtgemeinde Wien in B. B.	101.75	102--

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notierten: Papierrente 73.90 bis 74--. Silberrente 74.20 bis 74.30. Goldrente 89.30 bis 89.50. London 117.15 bis 117.25. Napoleon 9.32½ bis 9.33.

	Geld	Ware
Grundentlastungs-Obligationen.		
Böhmen	103--	104--
Niederösterreich	105--	105.50
Galizien	97.80	98.20
Siebenbürgen	94.50	95--
Temeser Banat	93.50	94--
Ungarn	95.25	95.75
Aktionen von Banken.		
Anglo-österr. Bank	136.50	136.75
Creditanstalt	283--	283.25
Depositenbank		
Creditanstalt, ungar.	268--	268.25
Oesterreichisch-ungarische Bank	832--	833--
Unionbank	112.70	113--
Berlehrsbank	132.75	133--
Wiener Bankverein	136--	136.25
Aktionen von Transport-Unternehmungen.		
Österr. Bahn	158.50	159--
Donau-Dampfschiff.-Gesellschaft	582--	584--
Elisabeth-Bahn	191.25	191.75
Ferdinands-Nordbahn	2495--	2500--
Ustrandbriefe.		
Allg. öst. Bodencreditanst. (i. G.)	116.50	117--
(i. B.-B.)	101--	101.25
Oesterreichisch-ungarische Bahn	102.25	102.40
Ung. Bodencredit-Inst. (B.-B.)	101--	101.25
Prioritäts-Obligationen.		
Elisabeth-B. 1. Em.	98.25	98.50
Ferd.-Nordb. in Silber	104.50	105--

Krainische Grundentlastungs-Obligationen: Geld 101--, Ware 102--.

Credit 283-- bis 283.10. Anglo 136.25 bis

Wien, 21. Juni. In der Generalversammlung der Actionäre der Südbahn theilte der Verwaltungsrath mit, die Verhandlungen mit der österreichischen Regierung wegen der Verlängerung der Einkommensteuerbefreiung seien bisher resultatlos geblieben. Zur theilweisen Deckung derselben beschloss der Verwaltungsrath, vom 1. Juli 1880 ab den auf jeden Coupon der dreiprozentigen Obligationen entfallenden Abzug auf einen Franc zu erhöhen. Ungeachtet dieses Abzuges werde noch immer ein namhafter Betrag zu Lasten der Gesellschaft verbleiben. Die ausscheidenden Verwaltungsräthe wurden wiedergewählt; an Stelle Lionel Rothschilds wurde Nathaniel Rothschild gewählt.

Berlin, 21. Juni. (Presse.) Die technischen Delegierten sind zur zweiten offiziellen Sitzung zusammengetreten. Hierauf hoffen die Bevollmächtigten, die Grenzfrage noch heute zu erledigen, soweit überhaupt vorläufig eine endgültige Feststellung der Linie möglich ist.

Rom, 21. Juni. Die italienische Gesandtschaft in Constantinopel wurde zum Range einer Botschaft erhoben. Corti geht morgen dahin als Botschafter ab. — In mehreren Städten wurden Meetings, welche das allgemeine Stimmrecht verlangen, abgehalten.

Paris, 21. Juni. Gestern wurde im Quartier Père-Lachaise der Communard Trinquet in den Municipalrath gewählt. — Gambetta hielt in Menilmontant eine Ansprache, in welcher er die Zweckmäßigkeit politisch in der Amnestiefrage besprach. Er constatierte, die allgemeine Amnestie wäre seit langem erfolgt, wenn man auf der einen und anderen Seite vernünftiger gewesen wäre; jeder Republikaner müsse das Gesetz achten und in gemeinsamer Brüderlichkeit betätigen, daß Frankreich bereit sei, die ihm durch die Geschichte zugewiesene Rolle der Arbeit im Fortschritte der Welt wieder zu übernehmen.

Paris, 20. Juni. (Wr. Allg. Ztg.) Trinquet wurde mit 461 Stimmen Majorität gewählt. Die Bonapartisten, die Clericalen, sogar Polizeibeamte stimmten für den Communard. Diese Wahl hat allgemein peinlich berührt.

Paris, 21. Juni. (R. fr. Pr.) Trinquets Wahl ist politisch bedeutungslos und nur ein Manöver der Feinde Gambettas. Dieselbe wird das Kammervotum bezüglich der Amnestie nicht beeinflussen. Eine immense Majorität bleibt gesichert. Die Amnestie dürfte im Senate mehr als in der Kammer discutiert, aber trotz der Wahl Trinquets, welche einen ungünstigen Eindruck auf die Senatoren gemacht hat, angenommen werden. Die „République française“ nennt diese Wahl einen Schlag ins Wasser.

Madrid, 20. Juni. Die Conferenz in der marokkanischen Angelegenheit hat noch nicht die Judenfrage discutiert. Die Schwierigkeit zwischen Marokko und den Mächten besteht darin, daß Frankreich, Italien, Deutschland und Österreich eine Einschränkung ihrer Schutzrechte verweigern, weil in Marokko keine regelmäßigen Gesetze bestehen.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Oesterreich-ungarische Bank. In der Zeit vom 7. bis 15. Juni haben sich in den Hauptgeschäftsstellen der österreich-ungarischen Bank folgende Veränderungen ergeben: Der Banknotenumlauf nahm um 5.414.220 fl. ab, die Giro-Guthaben vermehrten sich um 2.983.969 fl., die anderen sofort fälligen Verbindlichkeiten zeigen eine Abnahme um 81.949 fl. Was die Bedeckung anlangt, so hat der Metallschatz um 149.011 fl., das Devise-Portefeuille um 30.762 fl. zugenommen. Der Escompte hat um 1.649.019 fl., der Lombard um 345.200 fl. abgenommen. Der Staatsnotenvorrath nahm um 394.477 fl. ab. Die Hypothekar-Darlehen verminderen sich um 220.527 fl. Die Notenreserve beträgt 57.7 Millionen.

Lottoziehungen vom 19. Juni:

Wien: 86 43 37 5 56.
Graz: 4 71 14 24 30.

Angelockte Fremde.

Am 20. Juni.

Hotel Stadt Wien. Kralavsky, Zimmer, Boszau, Kausleute, und Weber, Wien. — Munder, Gasdirektor, Agram. — Amilcore, Triest. — Cvić, Kfm., Graz. — Rausing, Kfm., München. — Röthel, Kfm., Gottschee.

Hotel Elephant. Baron Lenk, Artilleriedirektor, Graz. — Kornhauser; Fischer, Hdsm., und Seligmann, Reis., Wien. — Uffhauser, Kfm., München. — Frank, Kfm., Großbreitenbach. — Peteršnik, Bahnbeamter, Lees.

Mohren. Dollenz, Bischofslad.

Verstorbene.

Den 19. Juni. Andreas Kalis, Arbeitersohn, 6 J., Bolanastraße Nr. 23, Diphtheritis. — Johann Gerini, pen. l. f. Geometer, 78 J., Deutscher Platz Nr. 2, Lungensucht. Anna Schlebnit, Niemersmeisters-Tochter, 6 Wochen, Herrengasse Nr. 3, Graisen.

Den 20. Juni. Maria Česnovar, Topfwarenverkäuferin, Gattin, 31 J., Floriansgasse Nr. 36, Lungensucht.

Den 21. Juni. Maria Andolsel, Verzehrungssteuer-Einnahmersgattin, 65 J., Petersdamm Nr. 65, Alterschwäche.

Im Civilspitale:

Den 16. Juni. Josefa Grosel, Taglöchnerin, 50 J., Wassersucht.

Den 17. Juni. Franz Kemperle, Schmied, 46 J., chronische Lungentuberkulose.

Den 18. Juni. Josef Graper, Eisenbahnarbeiter, 58 J., infolge zufällig erlittener Verletzungen.

Den 19. Juni. Maria Artač, Intwohnerin, 73 J., Marasmus.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Juni	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 900 G. reduziert	Zimmer- temperatur in °C	Gefüllt mit Sauerstoff	Wind	Wind richtung in Grad auf Bogen	Regen in Millimetern in 24 Stunden
21.	7 u. Mg.	727.82	+14.0	D. schwach	heiter	7.20	
	2 " N.	728.04	+16.4	SW. schwach	bewölkt		
	9 " Ab.	729.31	+16.0	SW. schwach	bewölkt	Regen	

Morgens heiter, dann zunehmende Bewölkung, ferner Donner, nachmittags und abends regnerisch. Das Tagesmittel der Wärme + 15.5°, um 3.1° unter dem Normale.

Berantwortlicher Redakteur: Ottomar Bamberg.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Theilnahme an dem Tode unserer innigst geliebten Mutter, respektive Schwester, Frau

Marie Moro,

sowie für die große Beileidigung am Leichenbegängnis und die zahlreichen Blumenspenden sagen den tiefgefühlt Dank

die trostlosen Kinder und Schwestern.

Laibach, 22. Juni 1880.

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, welche sich am Leichenbegängnis des Herrn

am 20. Juni so zahlreich beteiligt haben, sagen den innigsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Neumarkt am 21. Juni 1880.

Thomas Pirz,

Bezirkswundarzt in Neumarkt,

am 20. Juni so zahlreich beteiligt haben, sagen den innigsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Neumarkt am 21. Juni 1880.

Geldsorten.

Geld	Ware</